

**Abstract: Österreichische Staatsbedienstete und ihre Lebensführung (1918 – 1940)**

Über Beamte in der Habsburgermonarchie wurde literarisch und wissenschaftlich viel geschrieben, haben sie doch nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Kultur dieses Staates geprägt. Ihr Schicksal nach 1918 wurde bisher aber nur wenig, vor allem im Hinblick auf Spitzenbeamte erforscht. In diesem Projekt geht es um die Rolle der Staatsangestellten als vielfältige soziale und professionelle Gruppe in den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen vom Ende der Monarchie bis zur Eingliederung der ehemals österreichischen Verwaltung in die des Deutschen Reiches.

Durch ihr spezielles Anstellungsverhältnis repräsentierten sie den Staat, der zugleich ihr Arbeitgeber war. Sie waren verpflichtet, Ihre Dienstpflicht zu erfüllen und zudem im Dienst wie im Privatleben sich so zu verhalten, dass das Ansehen des Staates nicht beeinträchtigt werde. Dafür erhielten sie vom Staat ein angemessenes Einkommen für sich und ihre Angehörigen, eine lebenslange Anstellung sowie Anspruch auf eine Versorgung im Alter. Dieses Verhältnis kam in Zeiten von hoher Inflation und Beamtenabbau zu Zwecken der Sanierung des Staates, aus dem Gleichgewicht.

Die zentrale Forschungsfrage ist: wie hat sich die Lebensführung der Staatsangestellten in der untersuchten Zeit in einer Weise verändert, die für das Standesbewusstsein der sozialen Gruppe, und damit auch für das allgemeine Vertrauen in staatliche Institutionen und die Demokratie abträglich war. Dies wird anhand des zentralen Konzepts der standesgemäßen Lebensführung (Max Weber) untersucht. Darunter wird verstanden, wie die Staatsangestellten ihr Standesbewusstsein in die Praxis umsetzten. Dies wird in Verbindung mit verschiedenen Aspekten der Verwaltungsforschung – Geschichte, Repräsentativität, Politisierung, Öffentliche Meinung und Reform – erforscht.

Es wird ein kollektivbiographisches soziales Portrait erstellt und die Lebensführung anhand von normalen und gebrochenen Biographien und Karrieren ebenso wie anhand von Normübertretungen, wie sie in Disziplinarakten abgehandelt werden, erforscht. Letztere stellen eine besonders spannende Quelle dar, weil in ihnen Verhandlungen über die Grenzen von Un/Anständigkeit dokumentiert werden. Die öffentliche Meinung über Staatsbediensteten wird untersucht und mit Selbstbildern von Staatsbediensteten anhand von Beamtenzeitungen und Egodokumenten kontrastiert. Dafür kommen statistische und textanalytische Methoden der *digital humanities* zum Einsatz. Weiters wird das politische Engagement in Organisationen und Interessensvertretungen der 1920er und 1930er Jahre, bis zu deren Verbot bzw. Vereinheitlichung im Ständestaat ab 1934 erforscht. Eine wesentliche Forschungslücke schließt auch eine Vollerhebung der Fälle von nationalsozialistischen Säuberungen aus politischen oder rassistischen Gründen, infolge derer Staatsbedienstete entlassen, pensioniert oder versetzt wurden.